

Erfolg bei den Erneuerbaren

Bundestagswahl – Was verschiedene Handwerksbranchen und Fachverbände von der neuen Bundesregierung fordern und womit sie zufrieden sind
VON STEFFEN GUTHARDT, DANIELA LORENZ, FRANK MUCK, BARBARA OBERST, STEFFEN RANGE, ULRICH STEUDEL UND JANA TASHINA WÖRRLE; LAYOUT UND ILLUSTRATION: SILVIA COSTA UND SVEN SCHRÖDER

Die Ampel-Koalition hat aus Sicht mancher Handwerksvertreter auch Positives bewirkt. Das zeigt eine Branchenbefragung der DHZ. So die Maler. Deren Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz schreibt: „Kleinere Vorhaben waren durchaus stimmig, etwa die Verkürzung der Aufbewahrungspflichten im Bürokratie-Entlastungsgesetz. Wobei dieses Gesetz insgesamt eher enttäuschend war.“ Die Drechsler und Holzspielzeugmacher erwähnen lobend,

dass die Regierung es geschafft habe, die Schuldenbremse einzuhalten. „Wir empfehlen jedem Politiker ein Praktikum in einem Handwerksbetrieb. Dort lernt man, wie man wirtschaftlich mit vorhandenen Mitteln umgeht. Wer zu viel Geld ausgibt, und zu viele Kredite aufnimmt geht bankrott oder begibt sich in schwierige Abhängigkeiten.“ Die Steinmetze erkennen das Bemühen an, für Handwerker bisweilen gesonderte Regeln zu erlassen und loben die „Gewährung der Handwerkerlaubnis bei

der Ausweitung der Maut und die relativ niedrige Umsetzungsrate durch „Toll Collect“. Die Schornsteinfeger begrüßen, dass die Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO) bzw. die Gebührenordnung angepasst wurde. „Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen für ihre tägliche Arbeit angemessen entlohnt werden. Nach mehr als fünf Jahren war eine Anpassung zwingend notwendig.“ Auch die privaten Brauereien würdigen, dass die Regierung vereinzelt Brancheninteressen berücksichtigt habe. Erfreulich sei die dauerhafte Wiederherstellung der „alten Biersteuermengentafel“ gewesen. „Mit der Wiederherstellung der alten Steuersätze hat die Politik die existenzgefährdende Situation anerkannt, in der sich die mittelständische Brauwirtschaft nach zwei Jahren Corona-Pandemie und der Energiekrise befindet.“

Die größten Erfolge werden der Ampel in der Energiepolitik zugeschrieben. Der Elektroverband ZVEH schreibt: „Wir sind gut im Bereich der Erneuerbaren Energien vorangekommen.“ Hervorzuheben sei, dass die derzeit noch langwierigen, umständlichen und individuellen Netzanschluss- und Inbetriebnahmeverfahren der mehr als 800 Netzbetreiber stärker vereinheitlicht und digitalisiert werden sollen. Erfolge bei den Erneuerbaren betont auch der Bundesverband Metall: „Die Priorisierung und Förderung erneuerbarer Energien und der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur werden tendenziell positiv gesehen, auch weil sie im Metallhandwerk marktrelevanter sind.“

Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima stellt fest, dass trotz nicht verabschiedetem Bundeshaushalt und Ende der Ampelkoalition die Förderprogramme im Bereich der Heizungsmodernisierung weiterlaufen. Und die Schornsteinfeger notieren: „Positiv war die mit Mitteln aus dem Klima- und Transformationsfonds deutlich ausgebauter Förderung der energetischen Sanierung.“

Details zu den einzelnen Branchen: www.dhz.net/btw25



Kälteanlagenbauer

Aus Sicht des Verbandes Deutscher Kälte-Klima-Fachbetriebe muss mehr Verlässlichkeit gegeben sein – auch über eine Legislaturperiode hinaus. „Wir brauchen keine Politik, die alle vier Jahre (oder weniger) neue Regeln aufstellt.“ Dies betreffe auch die Höhe und Laufzeit von Fördermaßnahmen. Rahmenbedingungen müssten konstant sein, damit sich Industrie und Endkunden darauf einstellen und verlassen können – und zwar weniger ideologisch, sondern mehr am Wachstum oder zumindest am wirtschaftlichen Erfolg orientiert. „Denn nur wirtschaftlicher Erfolg zahlt unsere Rechnungen.“

Brauer

Von der Bundesregierung fordern die privaten Brauereien Bürokratieabbau. Weiter wünschen sich die Brauer eine wirksame Entlastung von zu hohen Energiepreisen, eine sichere Energieversorgung sowie ein Vorantreiben der Energie- und Klimawende. Zudem fordern sie die Fachkräftesicherung und Stärkung von Ausbildungen in Handwerksberufen. Zu weiteren Wünschen gehört die Anerkennung und Stärkung des umweltfreundlichen Mehrwegsystems. Steuererhöhungen auf Bier lehnen sie ab, auch dürfe es keine weiteren Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke geben.



Fleischer/Metzger

Das deutsche Fleischerhandwerk fordert einen Neustart in der politischen Entscheidungsfindung. „Wir brauchen keine Gesetze, die am grünen Tisch aus Wunschdenken heraus entwickelt und im Schnellverfahren durchgesetzt werden.“ Stattdessen müssten Betroffene wie das Handwerk aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden. „Wir bekennen uns zu notwendigen und sinnvollen Veränderungen. Doch es ist entscheidend, dass politische Entscheidungen frei von ideologischen Einflüssen getroffen werden. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, die Menschen zu erziehen oder die traditionellen Rezepturen unserer Lebensmittel vorzuschreiben. Die Fleischer halten neue Dokumentations- und Kennzeichnungspflichten für kontraproduktiv.“ Das Fleischerhandwerk fordert einen vernünftigen Ausgleich zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Es wird höchste Zeit, dass sich in Gesetzen widerspiegelt, dass ohne eine funktionierende Wirtschaft auch die Umwelt und der gesellschaftliche Zusammenhalt in höchstem Maße gefährdet sind.“

Bäcker

Der Bürokratieabbau muss nach Ansicht des Zentralverbands des Bäckerhandwerks vorangetrieben werden. Unternehmen müssten von unsinniger Bürokratie aus Brüssel und Berlin befreit werden. Darüber hinaus müsse die Bildungs- und Familienpolitik verbessert werden. „Es ist notwendig, dass die Berufsorientierung an den Schulen verstärkt wird, vor allem auch an Gymnasien.“ Darüber hinaus müsse dringend bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende geschaffen werden.



Dachdecker

Die Dachdecker wünschen sich eine finanzielle Stärkung der Berufsbildungsstätten des Handwerks und verlässliche Rahmenbedingungen für die Betriebe in der Energiepolitik. Das betreffe auch Zusagen von Fördermaßnahmen. „Schnellschüsse, die dann wieder korrigiert oder zurückgenommen werden, helfen nicht weiter, sondern verunsichern und lähmen, Bauherren genauso wie die ausführenden Gewerke“, schreibt der Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks.

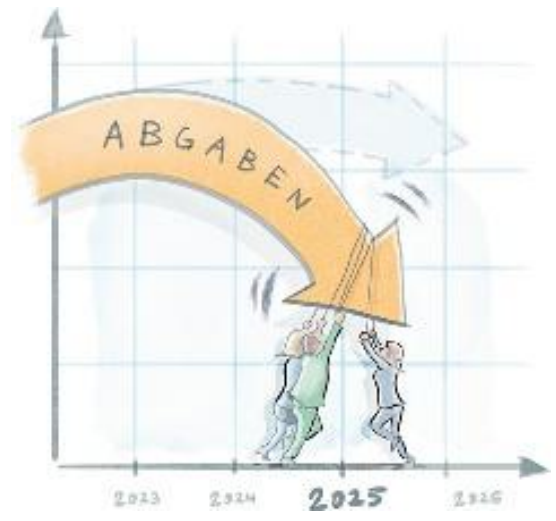


Tischler/Schreiner

Bei Gesetzesvorhaben sollten nach Ansicht des Tischler- und Schreinerhandwerks verpflichtend vorgelagerte Praxis-Checks durchgeführt werden. „Wenn kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks unmittelbar oder mittelbar belastet werden und veranschlagte Kosten bestimmte Schwellenwerte übersteigen.“ Sicherheitsrelevante Basisstandards müssten definiert werden, um Wohnen bezahlbar zu machen und das Risiko nicht auf die Bauausführenden abzuwälzen. Und der Bundesinnungsverband Tischler Schreiner Deutschland fordert: „Unternehmen des Handwerks, die ausbilden, müssen finanzielle Unterstützung erhalten.“ Mittel für die Überbetriebliche Lehrlingsausbildung müssten deutlich erhöht werden. Das Bewohnerparken müsse für Betriebe zum Quartiersparken ausgeweitet werden. Auch sollten Instrumente zur Ausweisung von handwerksgerechten Lade- und Servicezonen geschaffen werden.

Maler

Der Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz mahnt mehr Verlässlichkeit in der Gesetzgebung, aber auch in den Förderprogrammen an. „Es darf nicht jeden Monat eine neue Sau durchs Dorf getrieben werden.“ Allein aus der EU kämen wieder mehr als 100 Rechtsakte auf das Land zu. „Da muss die Bundesregierung eine ruhige Hand haben und bei der Umsetzung von EU-Vorgaben die Belastungen so gering wie möglich halten.“



Kfz-Handwerk

„Die Belange von Kfz-Handel und Handwerk gehören dringend wieder stärker in den Fokus der Bundespolitik“, so der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK). Betriebe bräuchten Planungssicherheit, um in der Transformation wettbewerbsfähig zu sein. Für die neue Bundesregierung heißt das im Wesentlichen: Bürokratie abbauen, Fachkräfte sichern, E-Mobilität fördern mit Anreizen für Verbraucher, aber auch alternative Antriebslösungen unterstützen. Außerdem fordert der ZDK, die Digitalisierung sicher zu gestalten und die Straßeninfrastruktur zu modernisieren.

Friseur

Das Friseurhandwerk fordert faire Wettbewerbsbedingungen, eine vernünftige Steuerpolitik sowie eine spürbare Entlastung der Betriebe. Das schreibt der Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks in einem Positionspapier. Unter anderem fordern die Friseure von der Politik die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent für Friseurdienstleistungen. „Damit würde die finanzielle Belastung der einzelnen Betriebe verringert und das Angebot für Kundinnen und Kunden attraktiver gestaltet werden können.“ Die Aufnahme in das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz stelle einen Meilenstein in der Bekämpfung der Schwarzarbeit dar. Darüber hinaus positioniert sich das Friseurhandwerk gegen steigende Betriebskosten und fordert eine Prämie für Ausbildungsbetriebe. Dazu zählt die Entlastung bei Sozialabgaben auch für Azubis. Eine stärkere Tarifbindung durch Allgemeinverbindlichkeitsklärungen von Tarifverträgen soll erleichtert und der Mindestlohn je nach Branche differenziert werden.

Müller

Für die Arbeit des neuen Bundestages fordern die Unternehmen der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft einen umfangreichen Bürokratieabbau mit Beendigung nationaler Alleingänge und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Müller wünschen sich eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung, eine Stärkung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Die neue Regierung müsse das ganze Potenzial zur Fachkräftesicherung heben. Und letztlich gelte: „Finger weg von Rezepturen!“



Zahntechniker

Die zahnärztliche Vergütung bleibt weiter auf der Agenda des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen. Zudem brauche es einen Entbürokratisierungsschub, bei dem auf überflüssige Dokumentationsanforderungen verzichtet werde. Dies gelte im Zahntechniker-Handwerk besonders für die sogenannten Klinischen Bewertungen von Sonderanfertigungen aus der europäischen Medizinprodukteverordnung. Mit Blick auf die wachsende Zahl an investorenbetriebenen Medizinischen Versorgungszentren im Gesundheitswesen, gerade im davon überproportional betroffenen zahnmedizinischen Bereich (IZ-MVZ), seien gesetzliche Regelungen wichtig, die faire Wettbewerbsbedingungen herstellten.



Bau

Das Baugewerbe fordert, den Wohnungsbau anzukurbeln. Der Bundesverkehrswegeplan müsse umgesetzt werden. Beim Bürokratieabbau wünscht sich der Bau, Verfahren zu beschleunigen und Regelungen zu verschlanken. Nachhaltigkeit, Klimaanpassung und Kreislaufwirtschaft müssten zusammen gedacht werden. Mit Blick auf die Fachkräftesicherung fordert der Bau, Migration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Sanitär Heizung Klima

Im Interesse der Menschen wünscht sich der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZSHK) einen ernsthafteren politischen Umgang mit den gesellschaftlichen Megatrends „Altersgerecht Umbauen“ und „Wärmewende in Gebäuden“. Der wichtigste Wunsch lautet jedoch, dass nach den Bundestagswahlen eine stabile bürgerliche Regierung pragmatisch und verlässlich den vor uns liegenden Herausforderungen begegnet – und dabei mehr auf die Akteure aus der Wirtschaft höre.

Hörakustiker

Den Hörakustikern liegt die Entbürokratisierung am Herzen, besonders im Gesundheitswesen. Betriebe würden immer mehr Zeit mit Dokumentationspflichten und administrativen Aufgaben für die Gesetzliche Krankenversicherung verbringen statt mit individueller Beratung und Versorgung von Menschen mit Hörsystem.

Elektro-Handwerk

Neben der Beschleunigung von Netzanschlussverfahren wünscht sich der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) ein klares Bekenntnis zur Energiewende, eine darauf aufsetzende Ordnungspolitik mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen und eine stärkere Partizipation kleiner und mittelständischer Unternehmen, wie sie im Handwerk zu finden sind. Der ZVEH mahnt eine nachhaltige Agenda an: mit Leitplanken für eine koordinierte Elektrifizierung.



Drechsler/Holzspielzeugmacher

Der Verband des Deutschen Drechsler- und Holzspielzeugmacherhandwerks bittet die Politik, Rahmenbedingungen für Kleinunternehmer so zu gestalten, dass der Wettbewerb für sie wieder attraktiver, fairer und konkurrenzfähiger werden kann. „Insbesondere in strukturschwachen Regionen tragen Kleinbetriebe, wie unser Handwerk, zur Stärkung der Wirtschaft bei.“ Deutschlands Wirtschafts- und Exportkraft basierten auf hohem exzellentem Fachwissen und Können sowie einem qualitativem hohen Standard. „Viele Kleinbetriebe entsprechen einem Großbetrieb ohne das Risiko, dass bei Absatzeinbrüchen gleich tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.“ Für das Drechslerhandwerk wünschen sie sich insbesondere in Bezug auf die Gesellen- und Meisterausbildung: Fahrgeldzuschüsse für die oft sehr weiten Anfahrten der Auszubildenden durch ganz Deutschland zum Blockunterricht an den Sprengel-Berufsschulen sowie Unterbringungszuschüsse für die Auszubildenden in allen Bundesländern. Meisterkurszuschüsse wünschen sich die Drechsler auch für nicht zertifizierte Unterrichtswege. Nur so sei es möglich, die Fachkompetenz in Deutschland auch in kleinen Berufsgruppen aufrecht zu erhalten und das von der Unesco als schützenswert eingestufte Kulturgut zu fördern.

Schornsteinfeger

Die Schornsteinfeger wünschen sich, „dass künftig diejenigen vor wichtigen Entscheidungen bzw. Gesetzesänderungen Gehör finden, die unmittelbar von den politischen Beschlüssen betroffen sind und diese in der Praxis umsetzen müssen“. Außerdem hofft der Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks, dass den beteiligten Fachverbänden in Zukunft genügend Zeit für Stellungnahmen und Anhörungen zu Gesetzesvorhaben eingeräumt werden. Zudem mahnen die Schornsteinfeger mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der Förderlandschaft für die energetische Sanierung an.